

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlicher: Kurt Hildebrandt  
Redaktion: Kurt Hildebrandt  
Telefon: 22 11 11

Verantwortlicher: Kurt Hildebrandt  
Redaktion: Kurt Hildebrandt  
Telefon: 22 11 11

Verantwortlicher: Kurt Hildebrandt  
Redaktion: Kurt Hildebrandt  
Telefon: 22 11 11

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Noch keine Antwort Hitlers an Papen

### Die Sozialdemokraten lehnen die Einladung ab

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Nov. Im Rahmen seiner Besprechungen mit den Führern der Parteien hatte der Reichskanzler von Papen auch die Sozialdemokraten aufgefordert, Vertreter zu entsenden. Während man bisher glaubte, daß die Sozialdemokraten dieser Einladung auch Folge leisten würden,

lehnte am Dienstagmorgen der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Beschluß, die Einladung des Kanzlers abzulehnen.

Diese Ablehnung wird in einer längeren Entschliessung begründet, in der es heißt, daß der Kanzler in zwei Reichstagswahlen zwei vernichtende Misserfolge erlitten hätte und daß die Verfassung ihm nicht das Recht gebe, weitere Verhandlungen zu führen. Sie verpflichte ihn vielmehr zum Rücktritt. Unter Bezugnahme auf das Vorgehen gegenüber Preußen wird dann noch gesagt, daß der Kanzler kein geeignetes Verhalten als Verhandlungspartner für die Sozialdemokratische Partei annehme.

In den hinter der Regierung stehenden Kreisen, die die Einladung des Kanzlers an die Sozialdemokraten zu einer Besprechung der politischen Lage mit unversöhlicher Ablehnung aufgenommen hätten, weil man sich irgend-einen positiven Erfolg von derartigen Verhandlungen nicht versprechen konnte und weil man der Ansicht war, daß Erörterungen mit der Sozialdemokratie nichts mit dem Auftrag des Reichspräsidenten auf Schaffung einer nationalen Konzentration zu tun haben könnten.

bedauert man es ziemlich stark, daß der Kanzler sich von den Sozialdemokraten einen Rorh geben ließ.

Wenn auch zweifellos der gemäßigtere Flügel der Sozialdemokratie bereit war, einer Einladung zu Verhandlungen zu folgen, so hat sich aber doch der radikalere, auf eine Verschärfung der kommunistischen Hindernisse abzielende Flügel der SPD, über alle bisherigen Verbände hinweggeleitet und durchgedrückt, daß man dem Kanzler in bräuerischer Form eine Ablehnung erteile. In rein politischer Hinsicht bleibt es allerdings ziemlich gleich, ob die Sozialdemokraten zu einer Besprechung gekommen wären, die doch ohne jedes praktische Ergebnis hätte bleiben müssen, oder ob sie es vorziehen, überhaupt nicht zu erscheinen.

Seitens der NSDAP haben die amtlichen Berliner Stellen bisher noch keinen Bescheid darüber erhalten, ob Adolf Hitler oder ein von ihm Bevollmächtigter Vertreter der Einladung des Reichskanzlers zu Verhandlungen Folge geben wird.

Aus München ist allerdings die Meldung gekommen, daß Adolf Hitler, der inzwischen aus seinem Landhaus in Berchtesgaden nach München zurückgekehrt ist, die

bayerische Hauptstadt im Laufe des Mittwochs zu verlassen gedenke, um sich nach Berlin zu begeben, doch weiß man noch nicht, ob er dabei bereit ist, selbst mit dem Reichskanzler zu verhandeln oder einen seiner Unterführer mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Da der Reichskanzler nach seinen bisherigen Plänen die Absicht hat, bereits am Donnerstag dem Reichspräsidenten einen vorläufigen Bericht über das Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Parteien zu erstatten, so nimmt man in politischen Kreisen an, daß bis zu diesem Zeitpunkt auch die Frage der Möglichkeit von Verhandlungen mit der NSDAP geklärt sein wird. Am Vortage wird der Reichskanzler, wie vorgelesen, die Zentrumsvorrede von Kaas und Joss, den Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Schäffer, sowie den Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, empfangen.

### Die Nationalsozialisten zur Lage

München, 15. November. Der Reichspropagandachef der NSDAP, Dr. Otto Dietrich, veröffentlicht in der Nummer 11 der NSDAP einen Artikel mit dem Titel: „Präsidentialregierung und Verantwortung“. Darin heißt es nach einem Hinweis auf die Pläne des Herrn v. Papen unter anderem, die Säulen einer parlamentarischen Regierung habe allein das Volk auszuhalten. Wer aber treffe die Last der Verantwortung für den Schaden, den das Verlangen einer vom persönlichen Vertrauen des Reichspräsidenten berufenen Präsidentialregierung für Volk und Reich anrichte? Für den Generalfeldmarschall als Träger eines historischen Namens werde es nicht gleichgültig sein, ob unter seiner Präsidentschaft der aus dem Volke selbst herausgewachsene große nationale Freiheitsbewegung die Wege gebet und stattdessen durch die Regierung seines besonderen Vertrauens der Volkswille grob verletzt werde.

Schon die nächsten Tage würden den Offenheit und die politische Kampfkraft der nationalsozialistischen Bewegung erneut unter Beweis stellen. Man werde sehen, was die anderen der nationalsozialistischen Anführer noch entgegenzusetzen haben.

Vielleicht hätten sie inzwischen gelernt, daß zu launen Kompromissen auf Kosten der Nationalsozialisten heute noch weniger die Zeit sei als am 13. August. Das deutsche Volk aber werde erkennen, daß ihm nicht das fallschildehandende Adol einer Präsidentialregierung helfen könne, sondern daß allein die nationalsozialistische Bewegung das Schicksal Deutschlands in den Händen halte. Je eher diese Erkenntnis auch im Reichspräsidentenpalast durchdringe, um so besser. Denn um so weniger brauche sie dann durch die Härte der Tatsachen erzwungen zu werden.

### Das Ziel: Versöhnung

Die innerdeutsche Entwicklung bewegt sich im Laufe dieser entscheidungsschweren Tage wieder im Kreislauf von Hoffnungslosigkeit und Niederlage, von nervöser Spannung und lähmendem Zweifel — ein Zustand, der auch für die Zeit vor dem 13. August charakteristisch war und nicht wenig zum Mißerfolg dieses Tages beigetragen hat. Erhöhter kommt hinzu, daß jetzt die Auseinandersetzung um die deutsche Zukunft nach zwei Richtungen geführt wird: zwischen der Reichsgewalt und den Ländern einerseits, zwischen der Präsidentschaftsregierung und den in den Parteien zusammengeflochtenen Gemütsgruppen andererseits.

Die Aussprache mit den Ländern, in deren Mittelpunkt die Reichsreform steht, hat sich zunächst im Reichsrat und dann als Wirkung des Kanzlerbesuches in Dresden hoffnungsvoller gestaltet. Es herrscht nicht mehr der schroffe Ton des Nichtverstehens, der von bairischer Seite aus angeklungen worden war, und es ist vor allem die Gefahr abgewendet, die in dem Versuch lag, die berechtigten föderalistischen Sorgen der Südt. und mitteldeutschen Regierungen als Vorwand für das Intrigenspiel der Berliner Schattenregierung Braun-Severing zu benutzen. Deren Schicksal ist von dem der Reichsreform sauber abgetrennt, und die ernsthaften Zusicherungen des Reichskanzlers, daß die endgültige Neuordnung im Innern nicht über Artikel 48, sondern über den Reichsrat unter entscheidender Mitwirkung der Länder erfolgen werde, haben die Erbitterungen in eine ruhigere und vertrauensvollere Atmosphäre gelenkt. In Sachsen haben die dahingehenden Versicherungen Papens einen guten Eindruck hinterlassen, wie man überhaupt bei uns geneigt ist, ihm nicht ohne Grund böse Absichten gegen die Selbständigkeit der Länder zu unterstellen, während es sich noch nicht klar übersehen läßt, wie sich die süddeutsche Fronde im weiteren Lauf der Entwicklung einstellt und ob dort nicht die Zentrumseindlichkeit der führenden Männer gegen die Person des Reichskanzlers die Oberhand behält.

Viel schwieriger und weniger hoffnungsvoll gestalten sich die auf das Ziel der nationalen Konzentration gerichteten Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteien. Es besteht zwar vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten, also auf einer genügend breiten Basis, Übereinstimmung über die Hauptfragen, über die Notwendigkeit, die autoritäre Staatsführung zu sichern, Auswüchse der formalen Demokratie zu beschneiden, die Verfassung zu erneuern, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen und in der Außen- und Wehrpolitik gegenüber allen Verhörungen eines vorzeitigen Einlenkens auf die Linie der Geister Politik festzuhalten. Ueber die anzuwendenden Mittel und die für ihre Anwendung geeigneten Persönlichkeiten herrscht dagegen völlige Uneinigkeit. Ist das aber ein Grund, die Pläne vorzeitig ins Korn zu werfen und den Versuch der nationalen Einigung als gescheitert zu erklären, bevor er noch richtig begonnen hat? Man darf nicht vergessen, daß die letzten Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern nur die Annahme der von anderer Seite zu treffenden Entscheidungen sind, allerdings auf einem Umweg, dessen Zweckmäßigkeit sehr umstritten ist. Der Reichskanzler will im Rahmen seines Auftrages bekanntlich zunächst feststellen, ob und inwieweit die Parteien bereit sind, an seinem Kabinett und an seinem Programm mitzuarbeiten. Die Antwort ist bereits in der Reichstagsabstimmung vom 12. September und nochmals im Wahlergebnis des 6. November erteilt worden. Sie ist völlig vernachlässigbar ausgefallen, und nicht berechtigt zu der Annahme, daß die Nationalsozialisten oder das Zentrum bereit wären, morgen das Gegenteil von dem zu tun, was sie gestern im Wahlkampf als Richtschnur ihres Handelns proklamiert haben. Darum verurteilen die laufenden Besprechungen mit den Parteiführern nicht nur unnötigen Zeitverlust, sondern entscheiden auch alle Streitfragen aufs neue und laufen Gefahr, die vorhandenen Aussichten auf die nationale Einigung dadurch zu verflüchtigen, daß sich die Debatte im Kampf um den gegenseitigen Festigkeitsstandpunkt erschöpft, bevor noch über das Sachliche gesprochen worden ist. Gängt doch im Augenblick das Schicksal der nationalen Einigung an dem

## Warum Deutschland Herriots Plan ablehnt

### Die amtliche Stellungnahme

Berlin, 15. November. Zu dem französischen Abrüstungsplan erklärt man in Ergänzung der bereits im Dienstagabendblatt bekanntgegebenen Stellungnahme an zuständiger Stelle: Der Plan enthält zwei wesentliche logische Konstruktionsfehler. Er verbindet zwei Maßnahmen, die sofort verwirklicht werden können und mühen mit solchen, deren Durchführung lange Zeit erfordern würde. Er macht Sicherungsvorläufe, die eine bereits vollzogene allgemeine Abrüstung und einen gewissen Rückwärtsschritt zwischen allen Staaten zur Voraussetzung haben müßten.

Die Frage der deutschen Gleichberechtigung aber wird in dem französischen Plane vollständig offengelassen.

und die Verwirklichung der deutschen Ansprüche wird auf eine ungewisse Zukunft verschoben, wenn auch eine Art Rahmen dafür durch den Grundlag geschaffen wird, daß in allen Staaten dieselbe Wehrorganisation zur Durchführung gelangen soll.

Zu den einzelnen Punkten des Planes wird folgendes bemerkt: Kapitel 1 behandelt den Kellogg-Pakt und dessen Aufbau, in dem in Verbindung mit den bekannten Bestimmungen der Völkerbundabkommen Sanktionen für den Bruch des Kellogg-Paktes gefordert werden, was die Vereinigten Staaten bisher stets abgelehnt haben. Was die verbindliche Anwendung der Bestimmungen des Artikels 16 der Völkerbundabkommen anlangt, so ist daran zu erinnern, daß England von jeher ein automatisches Inkrafttreten der Sanktionsbestimmungen abgelehnt hat.

Die voraussetzende englische Ablehnung einer Erweiterung des Sanktionspaktes hat die französische Regierung dazu geführt, zum Kernpunkt ihres Sicherheitsplans den europäischen kontinentalen Antikommunismus, vakt unter Ausschluß Englands zu machen.

Die politische Hegemonie, begründet auf militärischer Überlegenheit einzelner Staaten oder Staatenbünde, wird hier verweigert.

Besonders charakteristisch für die französische Einstellung ist dabei die Bestimmung über bestehende besondere Vereinbarungen, womit natürlich die Entmilitarisierung des Rheinlandes gemeint ist, die mit allen sich daran knüpfenden militärischen Konsequenzen in Geltung bleiben soll. Die Vereinhaltung der europäischen Welt an darneen ist wohl der einzige Gedanke mit gesundem Kern, den der französische Plan enthält. Deutscherseits besteht daher kein Grund, diesen Punkt und den damit verknüpften Vorschlag einer besonderen Völkerbundarmee abzulehnen.

Sehr zweifelhaft sind die Ausführungen über die Sonderrechte und die Sonderstellung der Kolonialmächte, da anscheinend die kolonialen Armeen nicht oder nicht wesentlich abzurufen brauchen. Es ist darauf hinzuweisen, daß der größte Teil der französischen Kolonialarmee von etwa 250 000 Mann lange gebienter Truppen nur wenige Dampferstunden vom französischen Mutterlande entfernt und zum Teil sogar ständig in Frankreich garnisoniert ist.

Wöllig grotesk mutet der Vorschlag an, das den Militärmächten zu entziehende schwere Waffenmaterial unter einer Völkerbundkontrolle in den einzelnen Ländern selbst zu lagern und jedem Staate nach seinem Ermessen im Fall des Antritts zur Verfügung zu stellen.

Auf diese Weise will es Frankreich vermeiden, seine ungeheuren Mengen schweren Kriegsmaterials durch Zerstückung, die Deutschland hundertprozentig durchzuführen müßte, auch nur zu vermindern.

Es scheidet sich damit eine Überlegenheit auf dem Gebiete der qualitativen Rüstung, die dazu dienen müßte, die Ungleichheit zu vermeiden. Zu dem Vorschlag eines Mittelmeerpaktes werden sich die interessierten Mächte, insbesondere die angelsächsischen Staaten und Italien, noch eingehend äußern.

Alle Gesichtspunkte einer durchgreifenden und radikalen Abrüstung fehlen völlig. Die tatsächliche Gleichberechtigung und die Sicherheit, die aus der allgemeinen Abrüstung entspringt, wird anderen Staaten nicht gewährt.

Heute:

## Literarische Umschau

Seite 13